

STAATSANZEIGER

Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik



und Verwaltung in Baden-Württemberg

Hintergrund

Duell der Spitzenkandidaten

Die Positionen der Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann (Grüne) und Guido Wolf (CDU) sind bei Bildung, Flüchtlingen und dem Umgang mit der AfD unterschiedlich. Das zeigte das Duell am Mittwochabend in Stuttgart. Seite 3

Bildung & Wissenschaft

Gemeinsame Oberstufe geplant

Zwei Gemeinschaftsschulen wollen in Friedrichshafen ab 2020 gemeinsam eine Oberstufe einrichten, in Tübingen entscheidet der Stadtrat im April. Die wenigsten Schulen dieses Typs haben genügend Schüler dafür, sagt der Städtetag. Seite 8

Kreis & Kommune

Ungewisse Zukunft für Geißbockbahn

Trotz schwarzer Zahlen muss sich die Bodensee-Oberschwaben-Bahn wohl nach einem strategischen Partner umsehen. Grund dafür ist auch die Elektrifizierung der Südbahn, die im vergangenen Jahr beschlossen worden war. Seite 11

Wirtschaft

Bauprojekt integriert Flüchtlinge

In aller Eile muss Wohnraum geschaffen werden. Dabei sind die Ansprüche hoch: Er soll günstig und attraktiv sein und ausgewogene Sozialstrukturen ermöglichen. Ein Bauvorhaben scheint diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Seite 15

Online-Umfrage-Ergebnis

Brauchen wir mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum?



Mehr Informationen finden Sie auf staatsanzeiger.de.

Ausschreibung & Vergabe

Fördermodelle für schnelles Internet

Bis 2018 sollen flächendeckend Netze zur Breitbandversorgung errichtet werden. Seit November können Projektträger beim Bund Förderanträge stellen. Kommunen haben bei der Vergabe verschiedene Wahlmöglichkeiten. Seite 36

Beruf & Karriere Seite 19
mit Stellenanzeigenteil

Zentralblatt Seite 29
Amtliche, öffentliche und gerichtliche Bekanntmachungen



2,50 Euro

LESERSERVICE

Zentrale (0711) 666 01-0
Aboservice (0711) 666 01-31
Anzeigen (0711) 666 01-222

Innere Sicherheit

Ministerium und Experten sehen keinen Anlass zur Sorge

Hilflose Polizei. Staatsversagen. Vorwürfe, die man dieser Tage häufig hört. Doch davon ist man laut Experten weit entfernt. Die innere Sicherheit sei gewährleistet. Sie raten zu Sachlichkeit.

Von Jennifer Reich

STUTT GART. Seit den Ereignissen in der Silvesternacht ebbt die Diskussion über die Leistungsfähigkeit der Polizei, des Staates, nicht ab. Medien berichteten über Staatsversagen, rechtsfreie Räume und eine hilflose Polizei. Viele Bürger – darunter auch Polizisten – sehen die innere Sicherheit gefährdet.

Das mangelnde Gefühl von Sicherheit führt mitunter dazu, dass zu Bürgerwehren aufgerufen wird (siehe Seite 12). Das sehen Experten und Politiker kritisch. Das Gewaltmonopol müsse beim Staat bleiben. Das Innenministerium teilt mit, dass es „die Durchsetzung des Gewaltmonopols durch nichtstaatliche Einrichtungen“ nicht dulde. Man beobachte die Entwicklungen.

Wissenschaftler: Innere Sicherheit ist kein rechtlicher Begriff

Die innere Sicherheit ist laut Ministerium „natürlich gewährleistet“. Aber man nehme wahr, dass sich die Bürger zunehmend Sorgen machen. Von einem Vertrauensverlust könne nicht die Rede sein. Einzelmeinungen stünden „im Widerspruch zu verschiedenen Umfragen über das Vertrauen in die Polizei“.

„Der Begriff der inneren Sicherheit ist kein rechtlicher Begriff“, erklärt Jörg Kinzig, Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen. Vielmehr werde damit in Verbindung gebracht, inwiefern es dem Staat gelinge, Bürger vor kriminellen Übergriffen zu schützen. Derzeit gibt es laut Kinzig

Mittelstand bei Digitalisierung unterstützen

STUTT GART. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert ein Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum in Baden-Württemberg: das Mittelstandsberatungszentrum Digitalisierung Baden-Württemberg. Ziel des Kompetenzzentrums ist es, die Digitalisierung für mittelständische Unternehmen erfahrbar zu machen und sie bei der Erprobung und Einführung digitaler Technologien zu unterstützen.

„Die Digitalisierung bietet für sämtliche Branchen der baden-württembergischen Wirtschaft große Chancen – vor allem, wenn auch der Mittelstand und das Handwerk in der Breite die Potenziale erkennen und nutzen“, sagte der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Nils Schmid (SPD) am Donnerstag zur Förderung. (sta)



Polizisten haben mehr Aufgaben denn je, die Belastung ist groß. Jedoch kann, so Experten, nicht von Hilflosigkeit die Rede sein. FOTO: DPA

Innenministerium will Polizisten entlasten

Die Polizei soll laut Innenministerium manche Aufgaben „nur noch reduziert wahrnehmen“. So werden etwa in der Präventionsarbeit Schwerpunkte gesetzt, zum Beispiel im polizeilichen Opferschutz, in der Drogen- und Einbruchsprävention. Die Arbeit soll sich

an aktuellen Brennpunkten ausrichten. Weitere Möglichkeiten zur Entlastung müssen zunächst geprüft werden, da etwa Rechtsänderungen oder bundesweite Abstimmungen erforderlich sind. Zum Beispiel die Begleitung von Schwervertransporten durch private Dienstleister.

keine Anzeichen dafür, dass die innere Sicherheit in besonderer Weise bedroht wäre – ungeachtet der Geschehnisse in Köln und trotz des anhaltenden Zustroms von Flüchtlingen. Die Straftaten in Köln fielen – rein quantitativ – bei bundesweit rund sechs Millionen Straftaten im Jahr kaum ins Gewicht. Damit will Kinzig keinesfalls in Abrede stellen, „dass jede einzelne Straftat für die davon betroffenen Opfer gravieren-

de Auswirkungen haben kann“. Aber: „Aus der kriminologischen Forschung weiß man schon lange, dass die gefühlte und die reale Kriminalitätslage deutlich auseinanderklaffen können.“ So würde oft ein Anstieg in verschiedenen Kriminalitätsbereichen vermutet, während die registrierten Straftaten gleichgeblieben oder gar rückläufig seien. Als Grund für Fehleinschätzungen nennt er die Verunsiche-

rung von Teilen der Bevölkerung, die von interessierten Kreisen teilweise noch geschürt werde. Kinzig rät zu Besonnenheit: „Schnellschüsse helfen nicht weiter.“ Dabei stehe, bezogen auf Köln, an erster Stelle, herauszufinden, was genau in dieser Nacht im Einzelnen vorgefallen sei. Die Erkenntnisse seien noch zu gering, um Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Besonnenheit und vor allem eine sachliche und offene Diskussion fordert auch Hans-Jürgen Lange. Der Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei und Vorsitzender des Interdisziplinären Arbeitskreises Innere Sicherheit warnt davor, von Staatsversagen zu sprechen. Er sagt aber auch, dass das Verwaltungsverfahren, gerade was die Registrierung von Flüchtlingen angeht, ein Stück weit zusammengebrochen sei. „Auf Dauer kann sich das

ein Staat nicht leisten.“ Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Verwaltung sei erschüttert. Auch die Polizei könne die derzeitige Situation – geprägt durch eine starke Arbeitsbelastung etwa durch die Beteiligung an polizeifremden Aufgaben – ohne neues Personal nicht auf Dauer meistern. Aber von einer hilflosen Polizei könne keine Rede sein. Wichtig sei nun, dass Probleme, dort wo sie bestehen, benannt werden. Es dürfe nicht länger „in guter Absicht“ weggeschaut werden. In den Medien wünscht Lange sich weniger Emotionen.

Gewerkschaft sieht Polizei am Rande ihrer Kräfte

Terrorgefahr, Flüchtlingskrise, Extremismus – ob von links oder rechts. Die Polizei hat mehr Aufgaben denn je – Personal wurde lange Zeit eingespart, viele Polizisten beklagen eine teils mangelhafte Ausrüstung. Auch Rüdiger Seidenspinner, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, sagt deutlich: „Wir sind am Limit.“ Die Polizei stehe kurz vorm Kollaps, viele Kollegen seien am Ende ihrer Kräfte. Er fordert zügig Entlastung und eine bessere Ausrüstung.

Im Innenministerium weiß man um die hohe Belastung der Polizei. Man beschäufige sich schon länger mit dem Thema. Mittelfristig werde mit einer Einstellungsinitiative reagiert. Kurzfristiges Erhöhen der Personalkapazitäten könne aber nur durch Prioritätensetzung und Aufgabenkritik erreicht werden (siehe Kasten). Auch sollen Vollzugsbeamte von administrativen Aufgaben entlastet werden. Dazu wurde der Wegfall der Stellenbesetzungssperre im Tarifbereich beschlossen, die Verwaltung um 216 Stellen verstärkt. Auch Verbesserungen in Sachen Ausrüstung und damit Schutz der Polizisten seien beschlossen.

Kommentar auf Seite 2, siehe auch Seite 6.

Kritik an Boykott der AfD durch Grüne und SPD bei TV-Debatten wächst

Minister Stoch und Politologen sehen darin Fehler / AfD beklagt Benachteiligung

STUTT GART. Die Kritik an AfD-Boykott in den TV-Debatten des SWR vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nimmt zu – und kommt in Baden-Württemberg teilweise auch aus den eigenen Reihen.

Baden-Württembergs Kultusminister Andreas Stoch (SPD) sagte am Mittwoch: „Ich halte es für äußerst schwierig, wenn man der AfD eine Art Märtyrerrolle, Opferrolle überlässt.“

Zuvor hatte schon der Mainzer Kommunikationswissenschaftler Martin Maurer die Haltung der Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Winfried Kretschmann (Grüne) und Malu Dreyer (SPD), als „politischen Fehler“ bezeichnet: Beide wollen nur an der „Elefantenrunde“ drei Tage vor der Wahl teilnehmen, wenn

kein AfD-Vertreter dort sitze. Auch Baden-Württembergs SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid hatte das gefordert; die AfD sei „keine normale Partei unter unserem Verfassungsbogen“.

Der SWR hatte daraufhin die AfD und die Partei die Linke widerwillig von der Diskussionsrunde ausgeschlossen. In beiden Ländern finden am 13. März zeitgleich Landtagswahlen statt.

Baden-Württembergs Grüne dagegen verteidigten Kretschmanns Verhalten. „Die AfD liefert eben keine sachlichen Argumente, auf die man reagieren könnte“, so Grünen-Landeschef Oliver Hildenbrand am Mittwoch. Die AfD verbreite gezielt Unwahrheiten und mache Stimmung gegen Flüchtlinge. „Dem wollen wir kein Forum bieten.“ Weitere Politologen und Kommunikationsforscher neben

Maurer halten das für falsch. Der Berliner Parteienforscher Oskar Niedermayer beispielsweise spricht von einer „kapitalen politischen Dummheit“, die der Alternative für Deutschland (AfD) nur in die Hände spiele. Der AfD-Spitzenkandidat Jörg Meuthen kritisierte das „seltsame Demokratieverständnis“ von Kretschmann und Schmid. (lsw/sta)

Online-Umfrage

Geben Sie auf staatsanzeiger.de Ihre Stimme ab.

Ist es richtig, die AfD aus der Elefantenrunde herauszuhalten?

- Ja
 Nein

Wahlumfrage: CDU bei 35 Prozent, SPD kaum noch vor AfD

STUTT GART. Acht Wochen vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg schrumpft nach einer neuen Umfrage der Abstand zwischen Grünen und CDU, die AfD erreicht einen Rekordwert.

In einer von der CDU in Auftrag gegebenen Befragung des Erfurter Instituts Insa kommen die Christdemokraten auf 35 Prozent, die Grünen mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf 29. „Absolut nicht zufrieden“ ist damit CDU-Wahlkampfleiter Thorsten Frei. Die SPD erreicht in der Befragung lediglich 13 Prozent (siehe auch Seite 4) und liegt kaum noch vor der rechtskonservativen Alternative für Deutschland (AfD). Diese sehen die Desmopken mit 11,5 Prozent als neue Kraft im baden-württembergischen Landtag; die FDP kommt auf 6,5 Prozent. Weder für Grün-Rot noch für Schwarz-Gelb reicht es demnach zur Regierungsbildung. (lsw/sta)